

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

28 (3.2.1932)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getheilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Text, der bei Nichterhaltung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erklärungen und Belegblätter in Karlsruhe i. D. o. Schlus der Anzeigen-Nachnahme 4 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,70 Mark, jährlich 14,40 Mark. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheinung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Postfach 711111. Druck: Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdhofstr. 12. Verlag: Reichstr. 2. Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 28

Karlsruhe, Mittwoch, den 3. Februar 1932

52. Jahrgang

Weltgefahr der Rüstungen

Eröffnung der Abrüstungskonferenz - Eine mutige Rede Hendersons gegen den Rüstungswahnsinn - Kühle Aufnahme bei den Delegierten

Genf, 2. Febr. (Via. Draht.) Unter gewaltigem Andrang von Diplomaten, Publistum und Presse wurde am Dienstag nachmittags um 4.30 Uhr die Weltabrüstungskonferenz von ihrem Präsidenten Henderston eröffnet. Durch die kurz vorher erfolgte Pflanzung des japanischen Angriffsgeistes in der Sitzung des Völkerbundesrates, wurde die feierliche Stimmung unterbrochen. Allgemein wurde das schwerwiegende Ergebnis dieser Rüstungskonferenz als ein allseitiger Aufruf für die Konferenz bezeichnet, gegen die seit Wochen ein immer härteres Trommelfeuern von Kriegsbekennern und Falschmeldungen vorangetrieben worden war.

Arthur Henderston ergriff sofort das Wort zu seiner einflussreichen Eröffnungsrede, in der er unter anderem ausführte: „Wir sind an einem historischen Augenblick angekommen. Die Konferenz selbst ist ohne jede Vorgängerin. Die Delegationen sprechen für 1700 Millionen Menschen. Es ist die wichtigste internationale Versammlung, die seit Kriegsende abgehalten wurde. Niemand fand eine Konferenz statt, deren Aufgaben dringender und für die Menschheit nützlicher gewesen wären. Diese Aufgabe besteht aus drei Teilen:

1. Wir müssen zu einem gemeinsamen Abkommen gelangen, für ein wirksames Programm, das schnell eine sichtbare Verminderung und eine Beseitigung sämtlicher Rüstungen sichert.
2. Wir müssen feststellen, das keine Rüstung diesem Vertrag entgegen werden kann, durch den sämtliche vertretenen Staaten sich als gemeinsames Ziel setzen müssen, die Beseitigung der Weltabrüstung.
3. Wir müssen die dauernde Fortsetzung unseres Fortschrittes auf diesem Endziel hin sichern, ohne in irgend einer Weise die ganze Wichtigkeit der allseitigen Resultate unserer Bemühungen abzuschwächen. Endlich ist zu beschließen, gleiche Konferenzen abzuhalten in verständnisvollen kurzen Abständen.

Der Abschluss eines so weltgehenden internationalen Vertrags wendet das ganze Problem von Frieden über Krieg auf. Jedes Volk will vor Angriffen sicher sein. Dieses Bestreben war einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung fortschreitender Rüstungen in der ganzen Welt. Aber

die Errichtung der Rüstungen war an sich eine dauernde Quelle der Furcht und des gegenseitigen Verdachts, die das internationale Leben veräufeln, den Friedenswillen unterdrücken und die Nationen immer und immer wieder um ihre dauernde Ruhe nach den Waffen getrieben hat. Die moderne Weltgeschichte liefert einen unüberwindlichen und überzeugenden Beweis von der Falschheit des Prinzips, nach dem die Sicherheit einer Nation proportional der Stärke ihrer Rüstungen sei.

Die lebenden Generationen erkennen mehr und mehr, das keine schwerere oder sicherere Drohung für den Frieden und die Sicherheit existiert als die Aufrechterhaltung der fortschreitenden Rüstungen. Wir müssen den gefährlichen Kreislauf brechen, von dem die Völker wieder eingezogen zu werden drohen. Das Gefühl der Unsicherheit führt zur Erhöhung der Rüstungen. Es verstärkt das Gefühl der Unsicherheit und wenn man den Zirkel nicht brechen kann, dann folgen die Dinge ihrem unermesslichen Lauf.

Henderston erinnert dann an die gebieterische Verpflichtung aus dem Völkerbundsstatut, schilderte in ausführlicher Darstellung die Bemühungen des Völkerbundes um die Entwicklung der Kriegsverhütung, Erhöhung der Sicherheit, Ausweitung der Schiedsverfahrenbarkeit und alle politischen und technischen Vorbereitungen der Konferenz.

Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Henderston aus: „Der vorläufige Konventionsskizzenentwurf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz sei ein Rahmen von Methoden und Ziffern, dessen praktischer Wert noch von der Konferenz bestimmt werden müsse. Die Konferenz sei vollkommen frei, jeden anderen Text oder Vorschlag zu prüfen und er fordere alle Delegationen auf, konstruktive Vorschläge auszuarbeiten. Alle Probleme und Schwierigkeiten politischer, wirtschaftlicher und technischer Art müßten behandelt werden. Gerade die Rückwirkung auf die Wirtschaftskrise sei evident. Die finanziellen Lasten der Rüstungen seien eine ihrer Hauptursachen. Eine mittlere Summe sei schwer zu nennen, aber nach den vorläufigen Berechnungen des Völkerbundssekretariats würden mindestens

4 Milliarden Dollars jährlich für Rüstungen ausgeben. Nicht nur seien sie völlig unproduktiv, sondern selbst die Aufrechterhaltung der Rüstungen auf ihrem jetzigen Stand sei eine Bedrohung des Weltfriedens.

„Die Welt verlange die Abrüstung“, so schloß Henderston. „In unserer Macht liegt es, die Geschichte der Zukunft gestalten zu helfen. Ueber allen technischen Kombinationen bezüglich Truppenzahlen, Panzern und Tonnen steht das Wohl der Menschheit und die Zukunft unserer Zivilisation. Die Menschheit hofft durch unsere Arbeit von der Drohung befreit zu werden, die immer die Aufrechterhaltung von abnormen nationalen Rüstungen für Frieden und Sicherheit bedeutet. Ich weigere mich selbst, an die Möglichkeit eines Mißerfolges zu denken, da niemand dessen verheerende Folgen voraussehen kann. Eines wäre aber sicher, das die Welt wieder in

ein gefährliches Rüstungswettrennen verfallen würde. Sind wir bereit, eine Politik zu verfolgen, die von der Ueberzeugung ausgeht, das der Krieg überwunden ist und das wir ernsthaft auf ihn als Mittel der nationalen Politik verzichten haben? Sind wir bereit, unsere Bemühungen zu vereinen, um die Gelegenheit, soweit sie sich uns nicht bietet, zu ergreifen und den Völkern einen neuen Abschnitt der Geschichte zu eröffnen, zu den Höhen des Friedens und der Zusammenarbeit?

Nur dann wird jedes Volk die Freiheit haben, sein Leben zu leben ohne Ungerechtigkeit, Angriffe unterdrücken oder Kriege führen zu müssen. Nur dann werden alle Völker gleiche Rechte genießen können in dem freien Wunsch, den wir aufzubauen begonnen haben. Nur dann wird die Friedlichkeit der Völker bereichern können, die dann nicht mehr länger mögliche Feinde, sondern treue Freunde sein sollen. Ihre Anwesenheit hier bildet Ihre Antwort. Ihre Anwesenheit gleich einem Versprechen des Erfolges. Erklären wir also unsere Aufgabe mit der Ueberzeugung, das es in unserer Macht liegt, dank unserer Arbeiten zu entscheiden und nach Maßgabe des Grades, in dem wir zu einem Abkommen gelangen, die Nationen zu dem versprochenen Lande zu führen.“

Die mutige Rede Hendersons wurde von den Delegierten mit nicht mehr als höflichem Beifall quittiert. Henderston ernannte darauf Notia-Schweiz zum Ehrenpräsidenten der Konferenz. Sofort wurden die drei Kommissionen für die Geschäftsordnung, Prüfung der Vollmachten und Petitionen gebildet. Am Samstag wird sich voraussichtlich eine Vollversammlung mit den bis dahin durchgearbeiteten Petitionen befassen.

Die Mächte auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 2. Febr. Die offiziellen Listen der Delegationen zur Abrüstungskonferenz enthalten ca. 600 Namen, die von der Beteiligung aber nicht annähernd ein Bild geben, da z. B. die japanische Delegation, die etwa 100 Köpfe darstellt, in diesem Verzeichnis nur mit einigen Hauptdelegierten aufgeführt ist. Bei einer großen Anzahl von Delegationen erscheint der Außenminister als Delegationschef. Der Kriegsminister ist nur bei Frankreich Delegationsführer. Die militärischen Sachverständigen sind in sämtlichen Delegationen stark vertreten. Bei den Plenarsitzungen nehmen die Delegierten ihre Plätze nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Länder ein.

Fugenberg-Geschwätz über Henderston

Genf, 2. Febr. (Via. Draht.) Fugenberg's Telegraphen-Agentur versucht begreiflicherweise sofort Stimmung gegen Henderston und den Generalsekretär der Konferenz zu machen. In einer geheimnisvollen Meldung behauptet H. Fugenberg, das das Abrüstungsprogramm der zweiten Internationalen ursprünglich in seiner Rede verarbeitet habe. Dies sei ihm aber von Sir Eric Drummond herausgestrichen worden.

Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, ist eine solche Jenfur, die sich Henderston nicht hätte gefallen lassen, schon deshalb nicht wahr, weil die behauptete Streichung nie in der Rede enthalten war. Henderston hat als Vorsitzender viel wirksamere Mächtigkeiten für dieses Programm eingesetzt, als sie ihm eine Eröffnungsrede geboten hätte.

Intervention in China

Kraft sich der Völkerbund endlich zu Maßnahmen gegen Japan auf?

Scharfer Vorstoß Englands zum Mandchurei-Konflikt

Genf, 2. Febr. (Via. Draht.) In letzter Stunde hat ein energisches Handeln im Völkerbundsrat den Krieg, wenigstens um Schanghai aufgehalten und die drohende Kriegsstimmung der Welt etwas erleichtert.

England und Amerika gehen neuerdings in Schanghai gemeinsam vor.

Sie haben von Japan die Einstellung der Feindseligkeiten, die Bildung einer neutralen Zone und Verhandlungen zwischen China und Japan über die Streitfragen verlangt. Sie unterstützen diese Forderung mit

unmühseligen Kreuzer- und Truppenentsendungen.

Um das nachdrücklich vor der ganzen Welt zu erklären, verlangte England am Dienstag um die Mittagszeit eine öffentliche Ratsitzung. Infolgedessen mußte die Errichtung der Abrüstungskonferenz nochmals um zwei Stunden verschoben werden. Japan, das die ohnmächtigen Entschlüsse des Völkerbundsrats bisher nur verhöhnt und die Nachgiebigkeit des Rats immer weiter ausprobiert hatte, hatte seinem Vertreter bereits Anweisung gegeben, sofort zurückzukehren. Der japanische Vertreter erklärte sich einverstanden mit dem Vorgehen der Großmächte, obwohl ihn niemand darnach getraut hatte.

Die Ratsitzung leitete an Stelle des erkrankten Paul Boncour Frankreichs Kriegsminister Tardieu ein. Sofort verlas der englische Kolonialminister Thomas eine Erklärung seiner Regierung, die einen ungeborenen Eindruck hervorrief.

Die englische Regierung erachtete es als unumgänglich, das die internationale Entwicklung im fernem Osten so weitergehen dürfe,

da sonst der Völkerbundsstatut, der Kelloggpaakt und das Neun-Mächteabkommen unausweichlich das Vertrauen der Welt verlieren müßten. Unglücklicherweise seien alle bisherigen Schlichtungsversuche unwirksam gewesen. Deshalb habe die englische Regierung in Uebereinstimmung mit der von Amerika beschlossenen, eine weitergehende Anstrengung zur Beendigung der bedauerlichen Ereignisse zu unternehmen. Sie vertraue auf die Mitwirkung der anderen Regierungen.

Amerika und England hätten in Tokio gemeinsam folgende formelle Forderungen unterbreitet:

1. das alle Gewaltakte und Vorbereitungen zu Feindseligkeiten sofort aufzuhören hätten,
2. das in der Zone von Schanghai beide Parteien ihre Truppen zurückziehen und zum Schutze der internationalen Niederlassung eine neutrale Zone zu bilden sei,
3. das sofort Verhandlungen zu beginnen hätten zur Regelung der bestehenden Streitfragen im Geiste des Kelloggpaaktes und der Ratsentschlüsse vom 9. Dezember 1931.

Anschließend verlas Thomas eine Erklärung der englischen Regierung, die zur gleichen Zeit im englischen Unterhaus abgelesen wurde. Sie schildert die traurigen Ereignisse um Schanghai und die derzeitigen Versuche der Konsole zur Eindämmung, gibt dann das neue Vorgehen an und fährt fort: Bezüglich der militärischen Lage habe die englische Regierung am Sonntag beschlossen, zu den drei britischen Bataillonen in Schanghai noch ein Bataillon Infanterie und eine Batterie von Hongkong zu beordern. Die See- und Luftkräfte Cornwallis und Andwids und zwei Kanonenboote seien bereits am Sonntag durch die beiden Kreuzer „Kent“ und „Sussex“ ergänzt worden. Enge Zusammenarbeit mit den anderen Mächten werde erfolgen. England erbat dann vom Rat seine Zustimmung und Unterstützung.

Tardieu erklärte, Frankreich habe am Montag ebenfalls Truppenverstärkungen nach Schanghai beordert und Instruktionen für ein gemeinsames Vorgehen gegeben. Grandi erklärte für Italien und Weizsäcker für Deutschland, die Mitwirkung im Sinne der englischen Regierung.

Gen-China dankte für die eingeleiteten Maßnahmen, während Sato-Japan sich bei den unter Angriffsbeschuldigungen gegen China sofort die japanische Bereitschaft zur Annahme des britisch-amerikanischen Vorschlages zu erklären.

Auf Antrag des Generalsekretärs bewilligte der Rat abschließend einen Kredit von 25 000 Schweizerfranken für die außerordentliche Untersuchungskommission in Schanghai.

Deutschland schließt sich dem Vorgehen an

BRN. Berlin, 3. Febr. Die Reichsregierung hat, wie die Vossische Zeitung berichtet, an die Regierungen in Tokio und Nanking Telegramme geschickt, die betonen, das Deutschland sich im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Zustände den Protesten der übrigen Ratsmächte anschließt. Es erübrigt darum, das die Kriegsvorbereitungen und alle Aktionen sofort einzustellen, und das insbesondere die japanischen Truppen aus Schanghai zurückgezogen werden.

BRN. Rom, 2. Febr. Der italienische Ministerpräsident Mussolini gab Befehl, den Kreuzer „Trento“ und den Torpedobootszerstörer „Cervo“ mit Truppenabteilungen nach Schanghai zu entsenden.

Die weiteren Kämpfe in Schanghai

BRN. London, 2. Febr. Ueber den neuen japanischen Angriff auf Schanghai berichtet Reuter, das gegen 2 Uhr mit schweren japanischen Marinegeschützen das Feuer auf die chinesischen Stellungen nordöstlich des Bahnhofs von Schanghai eröffnet wurde. Die Chinesen hatten nur mit einem Minenwerfer das Feuer erwidern können so das es einigen hundert japanischer Marinesoldaten ein Leichtes war, zum Angriff überzugehen.

Die japanischen Streitkräfte in Schanghai sind nahezu 5000 Mann stark.

Reaktionäre Intriguen

Das Spiel um Hindenburg

In der Hugenbergpresse vom Dienstag vormittag und Dienstag abend sind zu der Bildung des Sachmusschusses völlig übereinstimmende Kommentare zu finden. Sie klingen wie folgt aus:

Es ist anzunehmen, daß noch im Laufe dieser Woche sehr wichtige innenpolitische Verhandlungen stattfinden, und vielleicht auch Entscheidungen getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl auch auf anderen Gebieten große Bedeutung haben können.

Was steht hinter diesen dunklen Andeutungen? Nichts anderes als ein großes Intriguenpiel, das nämlich seit fast 2 Wochen im Gang ist und das sich hauptsächlich gegen den Reichspräsidenten und seine Regierung richtet. Seine Hauptakteure sind Mitglieder der Deutschnationalen Partei. Informiert von Hugenberg und Konforten versuchen sie bei dem Reichspräsidenten direkt und indirekt über seinen Staatssekretär Meißner dafür Verständnis zu gewinnen, daß Brüning

eine Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft gefährdet und daß die gesamte Rechte für Hindenburg stimmen werde, sobald Brüning geht und an seine Stelle ein Nazi oder ein Deutschnationaler getreten ist. Bis jetzt haben diese Intriguen einen positiven Erfolg nicht gehabt. Schon deshalb werden sie neuerdings von den Rechtspolitikern mit verstärktem Druck fortgesetzt, wie es heißt mit Zuspülern in höheren beamteten Stellungen.

Es ist im Augenblick nicht die Zeit, auf diese Intriguen, ihrer Akteure und deren beamtete Helfershelfer in aller Ausführlichkeit einzugehen. Aber festzustellen ist doch, daß die Rechtspolitiker eine Mehrheit für ein von ihnen gebildetes Kabinett in dem gegenwärtigen Reichstag nicht besitzen, während Brüning über eine derartige Mehrheit noch verfügt. Das verbrecherische Spiel der Ganz- und Halbpolitiker kann deshalb nur gegen den bestehenden Reichstag und damit gegen die Verfassung gerichtet sein.

„Fürstennot“ ??

Beratung des sozialdemokratischen Antrags auf Neuregelung der Fürstenabfindung / Feststellung von haarsträubenden Tatsachen

Berlin, 2. Febr. (Eig. Draht.) Der Rechtsausschub des Reichstags begann am Dienstag mit der

Einzelberatung des sozialdemokratischen Antrags auf Neuregelung der Fürstenabfindung.

Die Darstellung, die der Vertreter des Reichsinnenministeriums über das von den Fürstern eingegangene Material gab, brachte geradezu ungläubliche Tatsachen ans Licht. Noch immer werden an ehemalige Fürsten und zum Teil an weitestfernte Verwandte Renten bezahlt:

In Württemberg von 50 000—70 000 Mark, in Mecklenburg-Schwerin 5 Renten im Gesamtbetrag von 91 000 Mark, in Lippe 4 Renten von 51 000 Mark, neben einer Aufwertungsforderung von einer Million. In Schaumburg-Lippe lasten auf den 46 000 Einwohnern Renten und Pensionsansprüche von 171 000 Mark zum Teil bis zum Jahre 1946. In Sachsen-Weimar-Eisenach eine auf 33 Prozent aufgewertete Rente von 100 000 Mark, in Sachsen-Meiningen eine 100prozentig aufgewertete Rente von 495 000 Mark, für Schwarzburg sind 8 Renten im Betrag von 124 000 Mark, wovon 3 Renten erlöslich sind, zu entrichten.

Namens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte

Abg. Waaner (Soz.), daß das vorgetragene Material den Wunsch des Volkes auf Aufhebung der Renten für die ehemaligen Fürsten völlig rechtfertige. Man stelle sich vor, daß die von dem Land Mecklenburg-Strelitz von 110 000 Einwohnern allein an die montenegrinische Prinzessin zu zahlende Summe von 50 000 Mark plus 8 Prozent Zinsen seit 1925 eine regelrechte harte Kopfsteuer bedeute. Auf eine Arbeiterfamilie von fünf Köpfen entfallen 25 Mark Beteiligung an dieser fürstlichen Belastung des Landes. Nach dem vorgebrachten Material könne man unmöglich weiter die Behauptung wiederholen, daß die Sozialdemokratie einen unbegründeten Antrag eingebracht habe.

Abg. Graf Westarp hielt den Vorschlag in vollem Umfang aufrecht. Es höre jede Reichstagsfraktion auf, wenn man alle erledigten Fürstenabfindungen auf

neue aufröhlen wolle. Die Fürsten seien „von der Not der Zeit“ mit betroffen. Der Antrag der Sozialdemokratie bedeute einen Eingriff in die schwebenden Prozesse. Immerhin erkannte Westarp an, es gebe bei den Renten „einzelne Fälle“, die uns alle keine Freude machen, aber dazu noch einmal die Gefühlsregungs-maschine in Gang zu setzen, entsprechen dem agitatorischen Bedürfnis der Sozialdemokratie.

Abg. Seger-Deffau (Soz.) entgegnete dem Vordränger, daß der sozialdemokratische Antrag bezwecke, die Länder in dieselbe Rechtslage zu versetzen, in der sich die Fürsten befinden, die jetzt von sich aus zu jeder langen erledigten Abfindung aus Neue entschließen. Sollten denn die Länder wehrlos immer neuen Ansprüchen der Fürsten ausgeliefert sein? Die Länder könnten doch nicht die von ihnen angenommenen Verträge mit der Begründung anschieben, wie das die Fürsten tun. Deshalb bedarf es einer Ermächtigung, die der sozialdemokratische Antrag bezwecke. Den Vorwurf des Vordrängers, daß die Sozialdemokraten wies Seger entschieden zurück. Es handle sich vielmehr um die Bewirkung der einfachsten sozialen Gerechtigkeit, für die man auch außerhalb der Sozialdemokratischen Partei Verständnis haben müsse.

In der Aussprache verteilte

Abg. Marum (Soz.) in entscheidender Weise den Standpunkt des sozialdemokratischen Antrags gegen die Fürstenabfindung.

Weiterhin wies neben scharfen Angriffen der Kommunisten gegen die Fürstenabfindung der Zentrumsabgeordnete Schetter darauf hin, daß die Rotverordnung ja das bisherige System angegriffen habe und daß man daher, auch wenn man die Frage nicht neu aufrollen wolle, doch erwägen müsse, diejenigen Leistungen herabzusetzen, die den Ländern in Gestalt noch zu zahlender Renteabfindungen oder Renten oblagen.

Die Abg. Dr. Cverling (Dnl.) und Graf Westarp (Lnl.) lehnten einen Eingriff in schon abgeschlossene Auseinandersetzungen und in schwebende Prozesse entschieden ab. Die Aussprache wird fortgesetzt.

Kein Ueberfall, jedoch Bordellstreit

Entschleierte „Rotmord“-Hetze

Wenn Männer vom Dritten Reich der „Liebe“ huldigen

Köln, 2. Febr. (SPD.) In großer Aufmachung berichtete das Kölner Nazi-Blatt am Montag von einem

Ueberfall auf SS.-Leute, die marxistischem Mördergejindel zum Opfer gefallen seien. In der Nacht zum Montag seien 5 Nationalsozialisten, als sie aus einem Restaurant in der Altstadt herausgekommen seien, von einer großen Uebermacht überfallen und fürchterlich zugerichtet worden. Ein SS.-Mann habe einen fürchterlichen Schlag mit einer Eisenklinge auf den Kopf erhalten, daß er einen schweren Schädelbruch davongetragen habe. Außerdem habe er mehrere Stiche in die Hand erhalten. Ein anderer SS.-Mann sei mit einem französischen Bajonett mit solcher Wucht in den Leib gestoßen worden, daß die Spitze des Mordinstruments auf der Brust wieder herausgetreten sei. Ein anderer Nazi sei durch Stiche leichter verletzt worden.

Wie die Kölner Polizei dazu erklärt, ist das „Restaurant in der Altstadt“ ein Bordell.

Die Nazis, darunter ein Chauffeur des Nazi-Blattes, haben hier eine dicke Jech gemacht und der Liebe gehuldigt. Als sie nicht bezahlten, haben die Zuhälter der Dienen den Anhängern des „Dritten Reiches“ handgreiflich klar gemacht, daß es Jechen und Lieben in einem Bordell auch für Nazis nicht kostenlos

gibt. Sie haben die Nazis mit Bierflaschen und Messern bearbeitet. Der Ueberfall ist also eine Sauf- und Bordellange-

legenheit mit nachfolgender Schlägerei. Dennoch macht die Nazi-Presse daraus einen Ueberfall durch Marxisten.

In der vorigen Woche berichtete das Kölner Nazi-Blatt in Fettaudruck von einem „politischen Attentat auf den Prinzen Schaumburg“ in Bonn. Ermittlungen haben ergeben, daß sich der Vorfall schon im Oktober oder November vorigen Jahres auf einer Landstraße zugetragen hat. Erst mehrere Monate später hat der Prinz den Vorfall der Polizei in Siegburg mitgeteilt. Es handelt sich bei dem „Attentat“ um einen — Steinwurf eines 12jährigen Jungen, den dieser aus purem Uebermut ausgeführt hat, ohne zu wissen, wen er damit zum „Helden des Attentats“ machte. Da auch dieses Märchen die Kunde durch die Nazi-Presse antreten wird, wollen wir es hiermit gleich in das richtige Licht stellen.

„Rotmord“ in Köln . . .

Als Mädchen verachten wird jeden Nord. Doch die Nazis treiben damit bald Spott. Indem sie täglich in ihren Spalten berichten, um alles dem „Rotmord“ anzuheften. Im reigenen Köln, beim rheinischen Wein. Da wollten die Nazis die Mädchen mal frein. Ganz hübsch war die Sache wohl einmal, Befehlsgemäß sollt werden die „Kasse veredelt“. Und als ans Zahlen kam, o, treuherziger Held, Wolte man kinnende Münzen, kein „Hebergeld“. Doch in vorgerückter Stimmung und gutem Glauben Verüchten die Nazis das Geld zu bewahren. Und bevor ihre Beilschere ihnen Gutes orakelt, Befehlen sie auf den „Dreck“, daß der Rufus gemordet. Die „Mädels“ hatten Verführung abholt. Und die hatten die Nazis ganz grünlich verlobt. Doch um in der Öffentlichkeit die Sache zu beschwichtigen hat man in Köln von „Rotmord“ dann berichtet. So geschoben zu Köln, am deutschen Rhein. Wirds in Deutschland mancherorts nicht auch so sein? h. s.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschloß sich am Dienstag mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage. Die nächste Sitzung der Gesamtkonferenz findet am Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 1 Uhr, statt.

Württembergs Zentrum gegen Nationalsozialisten

Stuttgart, 8. Febr. (Eig. Meldung.) Der württembergische Staatspräsident Bolz hat in einer Rede, die er in Laupheim hielt, sich erneut mit den Nationalsozialisten auseinandergesetzt. Seine Kritik an ihnen ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ihren Wählerzweck bezeichnete er als einen „zusammengekauften Haufen von Spießbürgern“. Manches, so sagte er, wecheln aus Verweilung zu ihnen hinüber, andere aus Angst, und wieder andere, um dabei zu sein, „wenn die Posten verteilt werden“. Weil das Maul am weitesten aufreißt, haben den größten Erfolg. „Dem Zentrum ist“, so sagte Bolz, „die Aufgabe gestellt, den nationalsozialistischen Sieg zu verhindern. Es wird mit großer Kraft kämpfen, daß ihnen dieser Sieg nicht zufällt.“

Rücktritt der anhaltischen Regierung

Magdeburg, 2. Febr. Ein nationalsozialistischer Antrag, der dem Staatsministerium das Vertrauen entzieht, wurde mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen. Daraufhin erklärte die Regierung ihren Rücktritt.

In der heutigen Nachmittagsitzung des anhaltischen Landtages wurde ein deutschnationaler Antrag, den Landtag sofort aufzulösen und Neuwahlen mit größter Beschleunigung auszusprechen, mit 20 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatspartei und Kommunisten gegen 16 Stimmen der gesamten Rechten abgelehnt.

Der Terror des Hakenkreuzes

Otto Wels überreicht Gröner das Aktenmaterial

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, hat dem Reichsinnenminister Gröner am Dienstag persönlich einen Band von Aktenmaterial überreicht, das die Terrormethoden der Nationalsozialisten darstellt. Vor Wochen wurde dem Reichsinnenminister bereits ein Band mit derartigen Material zugestellt. Dieser Zustellung ist jetzt die Uebermittlung weiterer acht Bände gefolgt, die durchschnittlich etwa 200 Seiten stark sind, und über 363 Terrorfälle der letzten Zeit berichten. Das Material umfaßt Forderungen, Bedrohungen und Verletzungen, teilweise mit tödlichem Ausgang.

Die einzelnen Vorgänge sind zum größten Teil durch Zeugen auszusagen durch offizielle Polizeibeamte, einzelne auch bereits durch Gerichtsurteile belegt. Es handelt sich um Provokationen, Herausforderungen, Mißhandlungen in Versammlungen, auf der Straße nach Versammlungsorten oder bei Demonstrationen oder nach Demonstrationen. Es handelt sich auch um Vorfälle, die sich im politischen Hintergrund aus Wirtschaftskrisen heraus entwickelt haben, und auch um Fälle, wo ohne jede Veranlassung auf der Straße Uberschreitende von Nationalsozialisten gereizt, provoziert und dann mißhandelt worden waren.

Ueberlistet man die ganzen Vorgänge, so zeigt sich, daß in Deutschland, sei es in Ostpreußen oder in Baden, sei es in Mecklenburg oder Württemberg, sei es Braunschweig oder Thüringen, immer nach derselben Methode gehandelt wird.

Zum Oberst befördert

Der Sohn und persönliche Adjutant des Reichspräsidenten, bisheriger Oberstleutnant v. Hindenburg, ist zum Oberst ernannt worden.

Der Reichsbankausweis

Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 24,8 gegen 26,4 Prozent in der Vorwoche.

Zollzuschläge für die Einfuhr deutschen Malzes nach Frankreich Paris, 2. Febr. Die französische Regierung hat der Kammer einen Gesetzesentwurf vorgelegt, durch den sie für die Einfuhr von Malz deutscher Herkunft einen Zollzuschlag von 80 Francs pro Zentner einführen will.

Disziplinarverfahren gegen braunschweigischen Staatsbankpräsidenten

Dr. Braunschweig, 2. Febr. Gegen den Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank, Dr. Sißben, und Oberregierungsrat Rungas wird das Disziplinarverfahren eingeleitet.

Macdonald muß sich einer Augenoperation unterziehen London, 2. Febr. Ministerpräsident Macdonald wird sich auf Veranraten zweier Augenärzte einer Operation am linken Auge unterziehen müssen, dessen Schwerkraft sehr gelitten hat. Er wird also nicht, wie ursprünglich geplant, Ende dieser Woche nach Genf fahren können.

Rückkehr Baderewits in das politische Leben?

Warschau, 2. Febr. Pressmeldungen zufolge soll der bekannte polnische Pianist Baderewits (bekanntlich der erste polnische Staatspräsident im Jahre 1918) beabsichtigen, in die politische Arena zurückzukehren. In Oppositionsreisen betrachtet man Baderewits als den kommenden Mann.

Die Dividende der B33.

Basel, 2. Febr. Laut Schweizerischer Depeschagentur wird der Gewinn der B33, in dem mit März zu Ende gehenden Geschäftsjahr minimal 6 Prozent Dividende gegen 11,5 Prozent im Vorjahr betragen.

Keine „Kriegsanleihe“ für Japan und China

Newport, 2. Febr. Namens der führenden Bankiers von Newport freet wurde heute erklärt, daß weder Japan noch China in Betracht käme, in London oder Newport Anleihen für die Führung eines Krieges zu erhalten.

Freistaat Baden

Unerhörte Polizeischikane

Ueberfüllte sozialdemokratische Versammlung vor Referatsbeginn aufgelöst

Die Mannheimer Volksstimme teilt folgenden fast unmöglich klingenden Vorfall mit:

Die Sozialdemokratische Partei hat am Sonntag, 31. Januar, im „Stadtpar“ eine öffentliche Versammlung einberufen. Die behördlichen Vorbereitungen waren ordnungsgemäß erfolgt und die Versammlung bezirksamtlich genehmigt. Das das plötzliche Erkanten des Referenten und somit die Befreiung eines Ersatzredners, gegen den kein Referatbot besteht, Grund ist, eine Versammlung aufzulösen, bleibt die Erkennung des Gendarmeriebeamten Reibs von Soltenheim. Der Fall ist so unerhört, daß wir nicht umhin können, den tatsächlichen Vorgang der Defektheit zu unterbreiten, umso mehr, als dadurch gezeigt wird, was enstärkter Polizeieingriff vermag. In aller Ruhe eröffnete der Vorsitzende Schweinert die Versammlung mit der Bekanntgabe, daß an Stelle des erkrankten angeforderten Referenten der Mannheimer Stadtverordneten Jünger bitte, das Wort zum bereits veröffentlichten Thema zu nehmen.

In dem Augenblick erhob sich der dienstbeflissene Gendarmeriebeamte Reibs und trat auf den nichts Böses denkenden Ersatzreferenten zu mit den Worten: „Haben Sie die Genehmigung zum Reden?“ Jünger entgegnete dem Beamten, daß jedenfalls gegen ihn kein Referatbot besteht und er nicht einer besonderen Erlaubnis bedarf, außerdem sei die Versammlung bezirksamtlich genehmigt. Daraufhin hat der übertriebene Beamte, ohne vorher auch nur ein Wort mit dem Vorsitzenden zu wechseln, erklärt:

„Da Ihr Name nicht auf der vorliegenden Genehmigung steht, erkläre ich die Versammlung für aufgelöst.“

Die Entschlußfähigkeit des Beamten ist umso mehr zu bewundern, als sich der ganze Vorgang im Zeitraum von kaum einer Minute abspielte. Der anwesende Sekretär unserer Partei machte Herrn Reibs auf die Unhaltbarkeit seines Machtwortes aufmerksam, jedoch ohne Erfolg. In Abwesenheit des Herrn Regierungsrat Neumeyer wandte man sich telephonisch an Herrn Regierungsrat Dr. Compter und bat ihn um eine Entschuldigung. Obwohl Herr Dr. Compter nicht direkt zuständig ist, zeigte er für die Situation Verständnis und verweigerte auch durchsichtiger Prüfung, ob gegen den Erklärer etwas vorliege oder durch sein Auftreten besondere Gefahr für einen unruhigen Verlauf der Versammlung bestehe, an Herrn Bürgermeister Klein, sodann dem. Trotzdem nun Herr Bürgermeister Klein eine schriftliche Erklärung gab, daß Gendarmeriebeamter Reibs gegen den Referenten keine Bedenken bestanden, revidierte der allgewaltige Gendarmeriebeamte Reibs seinen Standpunkt nicht, sondern beharrte auf der Auflösung der von ca. 500 Personen besetzten Versammlung. Wir nehmen bestimmt an, daß ein solches Vorgehen nicht im Sinne der vorgesetzten Polizeibehörde liegt, denn es wäre ja ein unerhört. Zustand, wenn das Staatsfinden einer ordnungsmäßig genehmigten Versammlung im letzten Augenblick von unüberlegten momentanen Einfällen eines Polizeibeamten abhängt.

Bei einer Auslegung der notorderneten Bestimmungen, wie Herr Reibs zum Gaudium der anwesenden Staatsanwalter es getan hat, darf man sich nicht wundern, wenn wir die vorgesetzten Stellen darum bitten werden, den Uebelstand abzuheilen.

Der Propaganda-Apparat der Kommunisten

Man schreibt uns:

Wir haben kürzlich auf das Ergebnis verwiesen, welches die Hauszusammenkünfte in Vörsach und in Weiental ergeben haben, die von der Polizei vorgenommen wurden. Es ist nun interessant, einmal einen Blick in die organisatorische und propagandistische Tätigkeit der kommunistischen Partei und ihrer Hilfsorganisationen zu werfen. Unsere „Freunde“ von links verstehen es ja ausgezeichnet, die Pörm- und Werbemittel zu rühren. Sie täuschen meistens Erfolg vor, die sie erzielen wollen, aber nicht erreicht haben. Deswegen ist bei allen kommunistischen Angaben ein Abzug von mindestens 50 Prozent zu machen. In einzelnen allerdings sind diese Tätigkeiten wie folgt:

Die kommunistische Jugend

Eine Anzahl Werbezeitschriften liegen vor. Da heißt es: „Die Junge Garde“, dann den jungen Propagandisten, dann die einzelnen Propagandablätter, welche u. a. folgende Titel tragen: „Schafft Stobbrigaden“, ferner „Wir erobern die Reichsturmabteilung“. Der beste Bezirk bei der Propaganda erhält nämlich als Preis eine Reichsturmabteilung und die weiteren acht Besten Reichsturmabteilungen. In gewissen Bezirken ist ein Werbebewerbsplan ausgeschrieben, der u. a. für Karlsruhe die Gewinnung von 40 neuen Mitgliedern, den Verkauf von 100 „Junge Garde“ und den Vertrieb von 150 Broschüren vorsieht.

Der Bekämpfung der sozialdemokratischen Jugend werden besondere Kapitel gewidmet. Da heißt es in einem Passus: „Wir müssen tun, daß die kommunistische Jugend bei den SA-Jugend und Jungsozialisten am leichtesten Einfluß erhält.“ Dazu muß vor allem der Saal Ebert dienen, der revolutionierend auf die Jugend einzuwirken hat.

Den Verboten der Arbeiter-Zeitung wird wie folgt begegnet: „Wir müssen hunderte von selbsthergestellten Jugendzeitungen hinausichleudern. Das Sekretariat der Bezirksleitung verpflichtet die Städte Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg und auch die kleineren Städte Badens, Zeitungen fertig zu stellen.“

Diese Zeitungen werden auf Schreibmaschinen hergestellt und dann vervielfältigt. Daß man u. a. in kultur-politischer Beziehung die Förderung erhebt, heraus mit den sozial-fachistischen (des sozialdemokratischen) Lehrkräften aus den Berufsschulen“, ist bei der kommunistischen Angriffslust nicht weiter zu verwundern.

Kurz und gut, ein großer Apparat, der aufgezogen ist für die Jugend und bei welchem man zum Schluß doch bekennen muß, daß es bei der Kommunisten-Jugend außerordentlich langsam vorwärts geht. Bedauerlich bleibt, daß diese jungen Menschen in eine systematische Dpolution und in eine Schimpfplust gegen die Sozialdemokratie ganz benutzt hineingetrieben werden.

Das Broschürenmaterial für die älteren Kommunisten Es ist natürlich riesig vielfältig. Da gibt es den „Marm“, Finanzinstruktoren, die nächsten Aufgaben bei der Lohnabbau-Bewegung und bei den Eisenbahnen, den Aufruf an die Frauen, die Arbeitslosen, die Arbeiterorganisationen, die Kampfformale für die Arbeiter, die Anweisungen über die Einheitsfront-Politik, vor allem die Agitation in den Kreisen der Bauern, die Aufgaben der Sportorganisationen, die Funktionärschrift der roten Hilfe, das Flugblatt „Verrat von Lenin“, Illustrationsvorlage für Industrie- und

Bücherlossektionen, die „Kommune“ als Zeitschrift der kommunistischen Stadtverordneten und Gemeindevorordneten usw.

Die Agitation bei den Gewerkschaften

Es existieren nach dem Ergebnis der Hauszusammenkünfte bei einem Kommunisten noch folgende Zeitschriften und Flugblätter: Der Scheinwerfer, Die Zeitliche, Die rote Sonne, Der rote Speer, Der Strang, Der rote Sender, Die rote Wacht, Der rote Stern, Der Agitator und ähnliches Propagandamaterial.

Diese Zeitschriften wurden in der Hauptstadt in der Gegend des Rheintals und des Weientals vorbereitet. Für die Stadt Vörsach waren immer besondere Flugblätter und Zeitschriften vorgelesen. Den einzelnen Gewerkschaftsorganisationen rüfte man mit besonderem Material auf den Leib. So wurde die Betriebszeitung „Der Strang“ nur ausgegeben an Arbeiter und Arbeiterinnen der Garmindulbrücke und „Die rote Sonne“ bei den Textilarbeitern als Betriebszeitung vertrieben.

Immer Sturmwochen

Beim Halbjahresplan der revolutionären Bauarbeiter, herausgegeben im Dezember 1931 sind 5 rote Sturmwochen eingezeichnet. In derselben Zeit wird mit der Mobilisierung der Stempelstellen an den Arbeitsämtern begonnen, natürlich sind auch sie als Sturmwochen zu betrachten. Unter dasselbe Kapitel fällt die Militarisierung der Frauen. Sogar ein Theaterstück läßt man ein: „Sturm auf den Winterpalast“, das die Vorformnisse in Petersburg bei der Revolution von 1917 darstellt. Dann besteht noch ein Sturmplan der Stobbrigade Vörsach. Und so herrscht denn in den kommunistischen Kreisen immer Sturm!

Überall lehren auch die Vorschläge über den Kampf gegen die SPD, wieder; sie ist — nach der Meinung der Kommunisten — die Schädlichsteorganisation gegen die Klasseninteressen des gesamten Proletariats. Natürlich bekommt auch die Gewerkschaftsorganisation entsprechende Hilfe. „Es lebe die Einheitsfront der Arbeiterklasse“. Wir reklamieren: So viele Zeit, so viele Kraft und so viel verschwendete Mühe für die Zerstückelung der Arbeiterklasse. Statt alle Kräfte aufzubringen, um die fürchterliche Gefahr des Faschismus zu bannen, schwächt man bewusst die politische und ökonomische Macht der Arbeiterklasse und glaubt dadurch dieser selbst zu dienen. Verblendete Toren!

„Die Eisenerne Front“

In seiner Korrespondenz äußert sich Herr Adam Köder über die Eisenerne Front wie folgt:

Auch bei uns arbeitet die Sozialdemokratie am Zustandekommen der Eisernen Front. Die Sache klingt ein wenig schlagwortmäßig, aber über einen ersten Hintergrund. Wenn die Nationalsozialisten Tag für Tag, Stunde für Stunde verkünden, daß sie die Gewalt an sich reißen wollen, daß Köpfe rollen sollen, daß Jeder, der dem Deutsch-Faschischen Hitler nicht vorsteht, an die Wand gestellt wird, ist es kein Wunder, wenn sich der Widerstand organisiert. Diese Eisenerne Front ist notwendig. Den Demagogen und Gewissenslosen, diesem ganzen lächerlichen Konzern von Büben, halbwegsigen Studenten, verärgerten Mittelständlern, wütenden Leuten aus a. D., hysterischen Reichsweilern, enstärkter Chauvinisten, kopflohen Intellektuellen, die nicht wissen, daß sie belächelten Großgrundbesitzern die Geschäfte belagern, muß der Weisheit erweist werden. Soffentlich beherzigt die Eisenerne Front, daß Demagogie vermieden werden muß, daß Ueberreizung schadet und sachliche Führung des Kampfes allein zum Ziele führt!

Die Umlage zur Gebäudesicherungsanstalt ist für das Geschäftsjahr 1931 auf 12 Ba. von je 100 M. Versicherungssumme festgesetzt worden. Die Umlage ist in zwei Teilbeträgen zu entrichten, die erste Rate auf 1. März 1932, die zweite Rate auf 1. Juli 1932. Beträgt die Umlage 5 M. oder weniger, so ist sie binnen einer Woche in ganzer Summe zu bezahlen.

Der Nazi-Führer heßt gegen Breitscheid

Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Breitscheid hielt vorige Woche gelegentlich einer starken Rundgebung der englischen Arbeiterpartei in London eine große Rede zur Abrüstungsfrage, worin er von der Welt die Einlösung des im Versailler Vertrag gegebenen Versprechens forderte, daß, nachdem Deutschland abgerüstet habe, auch die übrige Welt abrüsten müßte. Genosse Breitscheid hat damit — ohne allerdings gleichseitig in den Ton der nationalsozialistischen Hetzpropaganda zu verfallen — gute deutsche Politik gemacht und das ausgesprochen, was vernünftige Menschen in aller Welt fordern. Dies beogt natürlich den deutschen Nationalisten nicht. Gleich anderen Tags darauf brachten nationalsozialistische Zeitungen der Reichshauptstadt und auch in Baden Drei-Zeilen-Ausschnitte aus der Rede Breitscheids, die nichts anderes als eine Verdrehung und Fälschung der Breitscheidschen Rede darstellten. Selbstverständlich wollte sich der nationalsozialistische Führer von niemand anders übertreffen lassen und so prangt denn über seiner Dienstagnummer die Ueberschrift: „Breitscheid heßt in London gegen das nationale Deutschland!“

Es verlobt sich nicht, auf die Dekretiraden des nationalsozialistischen Führer einzugehen. Denn die Rede Breitscheids vertrat im besten Sinne des Wortes die nationalen Interessen Deutschlands, indem sie Propaganda für den Abrüstungsgedanken in der ganzen Welt machte, die Gefahren des Nationalismus sowohl in Deutschland wie in der übrigen Welt klar herausstellte und im Kampf gegen die zerstörende Arbeit des Nationalismus für Weltfrieden und friedlichen Aufbau der Welt warben. Man braucht sich allerdings über diese Dekretiraden des Führers nicht aufzuregen, nachdem er in ähnlicher Weise wie gegen Breitscheid auch gegen den Reichskanzler Brüning behauptet, indem er dieser Tage gegenüber Brüning erklärte: „Seine Mitteltung (zur Reparationsfrage) hat ihm alle Trümmer aus der Hand genommen; man hat von amerikanischer Seite aus deutlich zu verstehen gegeben, daß Brüning völlig vor Hitler kapitulieren mußte.“ Welt also Brüning in der Reparationsfrage eine Politik getrieben hat, die von den Nationalsozialisten mit geradezu Jahrmarktsgeschrei gefordert wurde, wird ihm jetzt von dieser gleichen nationalsozialistischen Seite vorgeworfen, er habe „alle Trümmer aus der Hand gegeben“ und ihm gegenüber geäußert, er habe eine „unglückliche Hand“. So schieben die Nationalsozialisten die Verantwortung in allen Dingen für eine Politik ab, die sie selbst in wahrstimmiger Uebertreibung fordern, um sich dann noch als Ankläger hinaufstellen. Diese Handlungsweise der Nationalsozialisten gegen Brüning läßt es wahrlich nicht verwunderlich erscheinen, wenn sie in oben zitierten Tiraden gegen den ihnen zweifellos sehr unbehaglichen Reichstagsabgeordneten Genossen Dr. Breitscheid behen.

Die Sozialdemokratie wird ihre Innen- und Außenpolitik trotz dem nationalsozialistischen Gesagten von den Gesichtspunkten aus machen, die ihr aus dem Gedanken, das Wohl der breiten Massen zu fördern, diktiert sind und läßt sich daher durch nationalsozialistische Dekretiraden nicht irren machen.

Der Wiederaufbau des Stuttgarter Schlosses

Stuttgart, 2. Febr. (Eig. Meldung.) Reichspräsident von Hindenburg hat aus seinem Verfügungsbeitrag 100 000 Mark zum Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart gestiftet.

Spende von 100 000 Dollar

In New York verstarb der aus Deutschland ausgewanderte Seidenfabrikant Paul Günther. Der Verstorbenen hat der Universitäts-Verlag testamentarisch eine Spende von 100 000 Dollar vermacht.

Ungetreuer Arbeitgeberhnditus

In Dortmund hat der langjährige Syndikus des Arbeitgeberverbandes Beitragsgelder in Höhe von etwa 20 000 M. unterschlagen. Der Delatand ist flüchtig.

Aus aller Welt

Schweres Autounfall in Köln

Waldbröl (Rheg.-Bez. Köln), 2. Febr. Der Lieferwagen einer Bonner Benzinfirma fuhr heute nachmittags in der Nähe des Bahnhofs Dattelnfeld gegen einen Baum, führte die hohe Wölbung hinauf und verbrannte, wahrscheinlich infolge Explosion des Benzinlaufs. Der Führer des Wagens und eine Frau liegen verbrannt unter den Trümmern. Ein fünfjähriger Junge wurde bei dem Anprall von dem Wagen geschleudert und leicht verletzt. Ein dreijähriges Mädchen erlitt lebensgefährliche Brandwunden und starb später.

Gefängnis- und Geldstrafen im Devienschiebungssprozess

REB Berlin, 2. Febr. Im Devienschiebungssprozess wurde heute Abend das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte Dr. Gutzberg wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr drei Monaten und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Londoner Bankhaus Singer u. Friedländer wurde die Mitbeteiligung für die Geldstrafe auferlegt. Der Angeklagte Falca wurde wegen Beihilfe zu neun Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt, der Berliner Bankier Kurt Oppenheimer zu zehn Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe. Die bei der Devienschiebung benutzten Werte, und zwar 163 000 Mark, die bei der

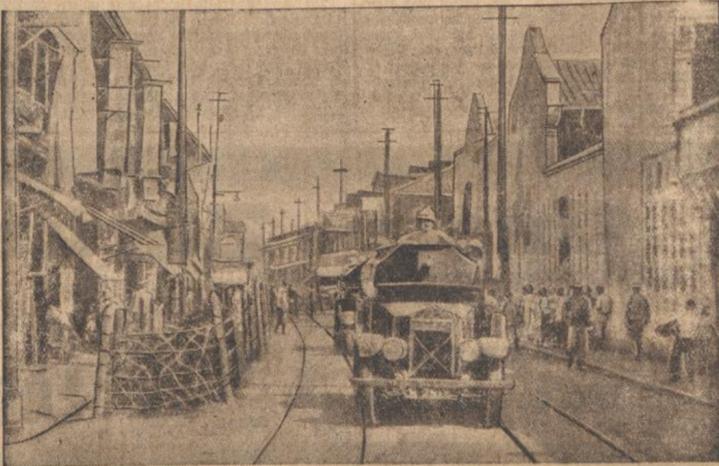
Commerz- und Privatbank deponiert waren, und 399 000 Mark, die bei der Reichsbank deponiert waren, beschlagnahmt worden sind, werden eingezogen. Der Haftbefehl gegen die Angeklagten wurde aufrechterhalten.

Die Hund-Schmugglerin keine Engländerin

München, 2. Febr. Zu der gestern gemeldeten Verhaftung einer Engländerin im D-Buge Paris-Berlin wegen Schmuggels von englischen Hunden teilt die zuständige Behörde mit, daß es sich nicht um eine Engländerin, sondern um die Gattin eines Berliner Bankdirektors handelt.

Tragödie auf dem Eise

CHB. Bergamo, 2. Febr. Der gefrorene Spinone-See hatte eine große Anzahl Schlittschuhläufer angelockt, die dort ihren schönen Sport ausübten. Anscheinend war jedoch die Eisdicke noch nicht stark genug, sie brach an einer Stelle und drei Personen verlirten in den Fluten. Der eine der Eingebrochenen konnte von seiner beiseitegelassenen Frau abgehoben werden. Als er die feste Eisdicke kaum erreicht hatte, brach die Frau selbst ein und ertrank. Die drei Verleihen wurden kurze Zeit später, nachdem alle Rettungsversuche vergeblich gewesen waren, an Land gebracht.



Panzerwagen der Schutztruppen der Fremden patrouillieren durch die enge Straße, die das Chinesenviertel von der Fremdenniederlassung trennt.

Die Polizei berichtet:

Festgenommen

wurden gefahren von der Fahndungspolizei mehrere Personen, die von auswärtigen Behörden ausgeschrieben waren.

Achtung! Taschendiebe!

Im Laufe des gestrigen Tages wurden in einem hiesigen Warenhaus in mehreren Fällen von bis jetzt noch unbekanntem Täter Kauferrinnen der Geldbeutel mit Inhalt entwendet.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer, Heute, Mittwoch, findet im Rahmen der Faschingsveranstaltungen ein Winterabend statt. Mitwirkende: Rudolf Schmitt, Bauer mit neuen Beiträgen und zwei Schöninger mit Cantons, Eintritt frei. (Liebe die Anwesenden.)

Das Hotel Germania veranstaltet auch in diesem Jahre wieder am Faschingssonntag (7. Februar), nachmittags, den von Groß und Klein jeweils mit so außerordentlicher Freude aufgenommenen Kinderball, der wieder, wie stets, begeistertem Anhang und guten Besuch zuwarten wird. Voraus geht diesem, insbesondere für die Kinderwelt zum Ereignis gewordenen Feste, am Samstag, den 6. Februar, abends 8 1/2 Uhr, der gewöhnliche Germania-Faschingsball, dem am Dienstag, den 8. Febr., abends, die ebenfalls traditionell gewordene „Germania-Schoute“ folgen, die mit ihrem elegant fröhlichen Treiben den Faschings-Bezirksklub, da zu diesen Festen Wilhelm Kempinas künstlerischer in den prächtigen Räumen des „Germania“ einen besonders stimmungsvollen Bühnenabend geschaffen hat, dem man wohl empfehlen, sich rechtzeitig Eintrittskarten und Tischplätze zu sichern. Näheres hierüber ist aus dem Interoeren zu erfahren.

Schiffspielhäuser

Siegfried Arno unter Polizeihand in Breslau.

Siegfried Arno gesteht zur Zeit in dem Städt. „Das Reichquartier“ in Breslau mit außerordentlichem Erfolg. Man weiß ja in Breslau, dass er in der „Der heimliche Geizhals“ nach dem schädlichen Vollstreckung zu liefern. Wo er sich auch immer nur bilden lässt, entzieht sofort ein reifenhaftes Menschenaufkommen ihm, der bald nach Laufen ablässt. Das Theater ist natürlich auf viele Tage hinaus im Vorverkauf ausverkauft; wegen Ueberfüllung des Theaters musste am Montag sogar das Ueberfallkommando einmarschieren. Hier in Breslau haben wir es zur Zeit leichter, Siegfried Arno zu sehen und zu hören. Denn er spielt die Hauptrolle in dem ausgezeichneten Schauspiel „Die Nacht ohne Schlaf“ nach der erfolgreichen Operette „Frauen haben das Wort“ mit der weiteren großen Besetzung: Max Adalbert, Ida Wilt, Hans Steiner, Ilse Aoried, Camilla Horn usw. Das gute Erfolgsstück wegen wurde der Film verlängert bis einschließlich Freitag, und ist also noch lange in der Schau zu sehen.

Tonfilm und Sandpapier

Die beiden Brüder, die bekannte Soubrette der „Kamischen Oper“ in Berlin, spielt in der „Der heimliche Geizhals“ nach dem schädlichen Vollstreckung zu liefern. Wo er sich auch immer nur bilden lässt, entzieht sofort ein reifenhaftes Menschenaufkommen ihm, der bald nach Laufen ablässt. Das Theater ist natürlich auf viele Tage hinaus im Vorverkauf ausverkauft; wegen Ueberfüllung des Theaters musste am Montag sogar das Ueberfallkommando einmarschieren. Hier in Breslau haben wir es zur Zeit leichter, Siegfried Arno zu sehen und zu hören. Denn er spielt die Hauptrolle in dem ausgezeichneten Schauspiel „Die Nacht ohne Schlaf“ nach der erfolgreichen Operette „Frauen haben das Wort“ mit der weiteren großen Besetzung: Max Adalbert, Ida Wilt, Hans Steiner, Ilse Aoried, Camilla Horn usw. Das gute Erfolgsstück wegen wurde der Film verlängert bis einschließlich Freitag, und ist also noch lange in der Schau zu sehen.

Schneewittchen im Neß

Das Brüder Grimm-Märchen „Schneewittchen“ und einige lustige Schachereien, welche letztere besonders geeignet sind die Faschingsstimmung für Alt und Jung zu heben wird in den Neßbühnen-Spielfestspielen, Faschingsfest 30, aufgeführt. Die Vorstellungen finden statt: Mittwoch, den 3. Februar, Samstag, den 6. Februar, Sonntag, den 7. Februar und Sonntag, den 8. Februar, jeweils nachmittags 2 Uhr. Die Preise beginnen bei Jugendkinder ab 40 Pf., für Erwachsene ab 60 Pf. Schneewittchen, die 7 Ueberge und die beliebte Witzspiele werden die Kinderherzen froher machen lassen. An den Märchen-Veranstaltungen beginnen die Vorstellungen mit dem Großfilm: „Amen wie eine Kirchenmaus“ nebst dem herzerfreudigen idiomatischen Programms erst ab 4 Uhr.

(1) Nach USA. Dr. Alfred Stod, Professor für Chemie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, schiffte sich am 2. Februar auf Schnelldampfer „Europa“ des Norddeutschen Lloyd nach USA ein. Professor Stod, früher am Kaiser-Wilhelm-Institut in Dablen, ist bekannt durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen auf dem Gebiete der anorganischen Chemie.

(2) In den Ruhestand. Nach nahezu 40jähriger Tätigkeit als Malerin und Bildhauerin bei den kgl. Höfen trat Frau K. Kollmann am Ende Januar durch Erreichung der Altersgrenze in den wohlverdienten Ruhestand. Möge Frau Kollmann nach den vielen arbeitsreichen Dienstjahren noch ein gesundes altäugliches Lebensabend beschließen.

(3) Konzert im Städtischen Krankenhaus. Eine große Freude und ein erlebter Genuss wurde am vergangenen Sonntag den Patienten, Schwestern und Angehörigen des Städtischen Krankenhauses in einem auf Anregung und unter Mitwirkung des Chefarztes Professor Dr. Storz nachmittags und abends abgehaltenen Hauskonzert geboten. Zur Aufführung gelangten: Schuberts Forellensquintett und Beethovens Streichquartett opus 18 Nr. 5. Die Aufführenden: Fräulein Elisabeth Neumann (Violine), Frau Prof. Heiseneder-von Grimm (Klavier), Frau Oberassistentin Müller (Bratsche), Chefarzt Prof. Dr. Storz (Cello), Oberregierungsrat Pfisterer (Violine) und Gewerbelehrer Stehlin (Kontrabaß). Die beiden klassischen Werke in tonischer, exakter und schwingungsvoller Zusammenfassung vortrefflich zu Gehör. Die zahlreich erschienenen, darunter auch Vertreter des Krankenhauses, gaben ihren herzlichsten Dank für die musikalische Freizeitsunde durch begeisterten Beifall kund. Mit einer Zugabe der heiter und frisch gespielten Variationen aus dem Kaiserquartett von Haydn beschloßen die Musikfreunden, die sich in den Dienst einer für die heutige Zeit besonders dankenswerten Aufgabe gestellt hatten, ihre ausgezeichneten Darbietungen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterkarte

Das Hochdruckgebiet, das zwei Wochen hindurch die Witterung im Mittelmeergebiet beherrschte, hat nunmehr in westlicher Richtung nach dem Ozean zurückgewichen, so daß Deutschland heute bis zu den Alpen von dem Einfluss der über Skandinavien liegenden Hochs beherrscht wird. Wegen des bei uns noch vorbandenen relativ hohen Luftdruckes (annähernd 780 Millimeter) wird es vorerst noch nicht zu bedeutenden Niederschlägen kommen. Doch ist mit meist bewölktem Wetter zu rechnen. Die Nebenebene wird dabei Frostfrei bleiben.

Wetterausichten für Donnerstag, den 4. Februar 1932: Meist bewölkt, höchstens leichte Niederschläge (im Gebirge als Schnee), Temperaturniedrigkeit wenig verändert, leichte westliche Winde.

Lohn- und Bürger-Steuer

Ein Vorstoß der Gewerkschaften gegen das Unrecht bei der Lohn- und Bürgersteuer

Im Reichsfinanzministerium fand am Dienstag eine längere Besprechung zwischen Minister Dietrich, Vertretern der Spitzen-gewerkschaften aller Richtungen und den Abg. Erising (Zentr.), Gerig (Zentr.) und Dr. Herx (Soz.) statt. Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten dabei noch einmal die unsozialen Folgen der Bürgersteuer und der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen zur Sprache. Sie verlangten

1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kurzarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Höhe der Wohlfahrtssteuer betragen, und

2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnsteuerfreien, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zu Grunde gelegt wird. Reichsfinanzminister Dietrich erkannte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu, 1. wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsfällen eine Vereinbarung mit dem Deutschen Städtebund und den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnsteuerfreien nur noch den halben Satz der Bürgersteuer zu erheben. Erforderliche neue Durchführungsvorkehrungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und in den nächsten Tagen schon dem Reichstag vorgelegt werden.

Ferner verlangten die Partei- und Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich die Wiedereinführung sämtlicher Lohnsteuererstattungen. Sie erkannten aber an, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung in vollem Umfang gegenwärtig nicht möglich ist. Sie beschränkten sich deshalb auf die Forderung, daß die Rückerstattungen aus Billigkeitsgründen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung entweder auch für die veranlagten Besizer aufgehoben, oder auch für die Lohn- und Gehaltsempfänger wieder eingeführt würden. Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß das einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung, in neue Schwierigkeiten bringen würden. Er hielt es daher im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen nicht ständigen Arbeiter angefertigt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihr Lohn die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreicht.

Die Sozialdemokraten befielen sich ihre Stellungnahme vor, da sie an der Wiedereinführung der Lohnsteuererstattungen grundsätzlich festhalten wollen.

Kleine bad. Chronik

Kind tödlich verbrüht

23. Mannheim, 2. Febr. Der vierjährige Knabe Bruno der hier wohnhaften Eheleute Seither fiel in Annweiler (Pfalz), wo er zu Besuch war, in den bei einer Hausreinigung benutzten Behälter mit heißem Wasser. Der Junge verbrühte sich daran schwer, daß er im Bezirkskrankenhaus in Annweiler starb.

Raubüberfall aufgefährt

Großhagen, 2. Febr. Der Gendarm gelang es, einen aus Landburg kommenden Burischen unter dem dringenden Verdacht festzunehmen, im November v. J. den Raubüberfall auf die 86jährige Landwirtschaftr. H. B. in Heilbrunn auszuführen zu haben. Zwei Kommissen, die während des Ueberfalles Schutze standen, wurden ebenfalls verhaftet.

Im Scherz sich zu Tode verkehrt

Weinheim, 2. Febr. Am Samstag nacht verlor sich der 20 Jahre alte Tapezierer Ernst Rath von Ober-Hödenbach mit seinem eigenen Messer in einer Wirtshauskneipe, daß er sofort ins Krankenhaus nach Weinheim verbracht werden mußte, wo er noch in der Nacht starb. Er hatte sich mit dem Messer ins Herz gestochen. Rath hatte zur Unterhaltung anderer Gäste allerlei färbliche Anekdoten vorgelesen und dabei nicht daran gedacht, daß er ein offenes im Geiß stehendes Messer in der Tasche trug, und dies ihm zum Verhängnis geworden.

3. Heilbrunn (Heidelberg). Der 14jährige Sohn eines Maschinenbauers in Heilbrunn verunglückte dadurch, daß er bei der Bedienung der Treppenmaschine vom Treibriemen erfaßt und zur Decke geschleudert wurde. Er blieb dort hängen, wodurch die Maschine zum Stillstand kam. Um den bewußtlosen Jungen aus seiner Lage zu befreien, mußten ihm seine Kleider zerschnitten werden.

4. Dühren. Dem Sohn des Pächters der Sandgrube wurden dieser Tage beim Abfahren von Sand beide Beine abgefahren. Der Verunglückte, der erst 15 Jahre alt ist, wurde in das Heidelberger Krankenhaus verbracht.

5. Waldanalloch. Hier ereignete sich dadurch ein Unfall, daß Johann Wenzel von hier von einem Motorradfahrer von Tiefenbach angefahren und so schwer verletzt wurde, daß er in das Heidelberger Krankenhaus verbracht werden mußte.

6. Wüßig. Der hier wohnhafte S. Wittmann hatte in Mannheim mit seinem Auto einen Zusammenstoß mit der Straßenbahn, wobei der Lenker am Knie und Fuß, der Beifahrer am Auge verunmündet wurde. Auch der Wagen wurde erheblich beschädigt. Bei der Verteilung im Gemeindefeld — es wurden 400 St. Brennholz und 4000 gemästete Welfen verteilt — wurden für 2 St. Buchenholz 24—30 Mark, für 2 St. Eichenholz 21—25 Mark erzielt. Der Anschlag wurde nicht nur erreicht, sondern in den meisten Fällen überboten.

7. Karlsruhe. Schlachtviehmarkt vom 1. Februar. Zuführen: 86 Ochsen, Preise: 28—31, 27—29, 26—28, 24—26, 22—24, 21—22, 41 Bullen, Preise: 24—25, 21—22, 20—21, 17—20, 37 Kühe, Preise: 19—24, 154 Färsen, Preise: 30—36, 22—28, 105 Kühe, Preise: 40—42, 37—40, 33—37, 21—26, 1206 Schweine, Preise: 38—40, 39—41, 40—43, 37—41, 35—37, 27—31. Notiz: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Großvieh und Schweine geringer Ueberstand Käber geräumt.

Zweierlei Maß

Wüßlingen. Unter Artikel unter obiger Ueberschrift in der Nr. 3 vom 5. Januar hat einseitig. In der Bretener Kautschuk-Schmiede „Süddeutsches Volksblatt“ läßt ein „Wellblech“ eine Entgegnung von Stapel, die wirklich nur als Blech zu bezeichnen ist, der gute Mann hat also die einseitige Unterzeichnung gewährt: es ist schlechtestes Blech, was er verpackt. Er glaubt uns mit einer Retourkarte kommen zu können und tempelt deshalb einen Gemeinderat unter Partei an. Da er Sachliches nicht entgegen kann, wird er persönlich und leistete sich einige üble Verleumdungen. „Wellblech“ trägt Privatangelegenheiten an, er kennzeichnet sich damit selbst. So ist es verlogen, daß unter Gemeinderat, den er angreift, den vollen Wochenlohn hat; der Genosse arbeitet schon einhalb Jahre verkräft, entsprechend geringer ist also auch sein Verdienst. Auch was „Wellblech“ über das Gehalt des Rechners der Sparg- und Darlehenskasse behauptet, ist unmaß, das Gehalt ist geringer. Der Laden ist schon seit 10 Jahren an den Konsumverein vermietet; wen geht solch eine Privatangelegenheit etwas an? Dann befürdert „Wellblech“ unieren parteigenössigen Gemeinderat zum Kreisrat, um ihm auch für diesen Posten ein hohes Einkommen andichten zu können. Unser Genosse ist aber nicht Kreisrat, sondern Kreisabgeordneter; und die Vergütungen, die er da für Teilnahme an Sitzungen erhält, sind dieselben wie sie auch jeder andere Teilnehmer bekommt. Wenn „Wellblech“ sogar weiß, wieviel er Grundstücke unter Gemeinderat bebaut, so kann ihm diese Mitteilung nur auf dem Rathaus geworden sein, durch Vertrauensbruch. Man sieht, kein Mittel ist dem Gegner zu schlecht, um es nicht gegen einen mißliebigen Genossen anzuwenden. „Wellblech“ hat sich in diesen Verleumdungen selbst das schlechteste Urteil ausgesprochen. Was da zusammengegriffen und zusammengelesen wurde, ist wirklich Blech; es riecht aber auch stark nach — Jauche. —

Lichtfreit geplant?

Der Baden-Badener Einzelhandel hat beschlossen, in ultimativer Form von der Stäwag (Städtische Werke AG.) eine Strompreisreduktion zu verlangen und sich nicht mit einem etwaigen Entgegenkommen zu begnügen. Für den Fall der Ablehnung wird mit einem Lichtfreit gebroht. Ähnliche Aktionen sind schon in anderen Städten geplant worden.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Rathausfraktion. Auf die heute abend 8 Uhr im Rathaus Zimmer 1 stattfindende Fraktionsstimmung machen wir nochmals aufmerksam.

Der Feuerbestattungsverein Durlach und Umgebung, e. V.

Diek am vergangenen Sonntag in der Turmbergwirtschaft „Zum Schützenhaus“ bei Mitalied Jörnens seine diesjährige Generalversammlung ab. In Verbindung des Vorsitzenden, Kassierers Hoffmann, begrüßte Schullehrer Egenberger die Versammlung und leitete sie; sie war — den heutigen Verhältnissen entsprechend — gut besucht. Der Schriftführer, Hauptlehrer a. D. Kapfer, berichtete über die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahre. Gefallen sind 12 Mitglieder, ausgetreten 2, neu eingetreten 9, somit 5 Mitglieder weniger. Aber trotzdem geht es vorwärts, wenn auch langsam; denn für das kommende Geschäftsjahr liegen bereits 10 Neuaufnahmen vor. Jedes Ding braucht zur Entwicklung eben Zeit und die zu überwindenden Widerstände sind oft zahlreicher und mächtiger als die Faktoren, die befruchtend sind. Die Idee unserer Sache zu fördern. Hier steht eben letzten Endes Weltanschauung gegen Weltanschauung. Alte Vorurteile fügen nicht über Nacht, das „Amlieren“ ist ein Ding, dem nicht jedes Gehirn zu folgen vermag. Es sei deshalb noch einmal betont: Mit Religion an sich, d. h. dem Wesentlichen derselben, hat die Feuerbestattung nichts zu tun; in der Bibel steht auch nirgends ein Verbot derselben. Ebenso hält sich die Feuerbestattung fern aller Politik; sie ist eine hygienische, ästhetische und soziale Kulturbewegung, iont nichts Fortschritt in der Bildung, vernünftige Auffassung und der einflüchtige Sieg wahrer Toleranz werden der Feuerbestattungsbee und sache im Laufe der Zeit den Weg bahnen.

Die Finanzen sind dank der umsichtigen Rechnungsführung des Herrn Egenberger und dem Bestreben, größte Sparsamkeit walten zu lassen, in bester, muftergültiger Ordnung, was die beiden Rechnungsdirektoren, die Herren Neukircher und Boffert (Gittinger Str.) gebührend anerkennen. Bei der nun folgenden Neuwahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder mit kleinen Veränderungen wieder einstimmig zu ihrem Amte bekräftigt. Nachdem noch einige Wünsche und Anregungen in lebhafter, sachlicher Diskussion behandelt worden, konnte die überaus harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen werden. Zur besseren Propaganda sollen in den nächsten Wochen sowohl in Durlach als in Gröningen Lichtbildervorträge über Feuerbestattung abgehalten werden.

Der Blitz am Mittwoch

Wisch Tuch rein Leinen 90x50 cm	-28
Wisch Tuch rein Leinen „Extra“, 80x75 cm	-48
Kissen oder Decke angefangen, mit Material	-90

BURCHARD

